

DURCH DIGITALISIERUNG MEHR BILDUNGSCHANCEN BIETEN: KINDERCHANCENPORTAL UND DIGITALE FAMILIENLEISTUNGEN SCHNELL UMSETZEN!

Positionspapier der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Die Aufstiegsleiter in Deutschland braucht ein Update. Sie benötigt in wirtschaftlich und gesellschaftlich herausfordernden Zeiten neue Sprossen, damit wir das Versprechen des Sozialstaates, existenzbedrohende Härten zuverlässig abzufangen, einhalten können. Gleichzeitig müssen neue Wege eröffnet werden, sich selbst aus schweren Lagen emanzipieren zu können. Neujustierungen nehmen wir gemeinsam mit unseren Partnern der Fortschrittskoalition deshalb etwa mit dem Bürgergeld und der Wohngeldreform vor. Wir haben bereits neue Regelungen zu Mini- und Midijobs gefunden und Anpassungen im Steuersystem veranlasst.

Als Fraktion der Freien Demokraten sind wir davon überzeugt, dass sich Armutsbekämpfung nicht darin erschöpfen darf, nur materielle Aspekte zu betrachten. Wir haben stets im Blick, dass eine gute Aufstiegsleiter nicht nur wirtschaftliche Anstrengungen durchgängig belohnen, sondern auch neue Chancen der Talententfaltung eröffnen muss. Dies ist besonders für von Armut betroffene Kinder und Jugendliche der Fall. Es schmerzt uns, feststellen zu müssen, dass nicht alle Kinder in Deutschland bisher Zugang zu allen Chancen finden.

In der Fortschrittskoalition haben wir uns gemeinsam mit unseren Partnern vorgenommen, die Kinderarmut umfänglich mit der Schaffung einer Kindergrundsicherung zu adressieren. Diese große Reform ist notwendig, bedarf aber sorgfältiger Vorbereitung. Weil die Eröffnung von mehr Chancen für mehr Kinder aber keinen Aufschub duldet, plädieren wir als Fraktion der Freien Demokraten, Teile der Kindergrundsicherung vorzuziehen:

1. Wir verstehen das im Koalitionsvertrag vereinbarte Kinderchancenportal, in dem die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) weiterentwickelt werden, als dritte Säule der Kindergrundsicherung. Im Zuge der aktuellen

Bürgergeldreform zum SGB II wurde die Umsetzung bisher nicht adressiert. Wir fordern die Bundesregierung zu einer zügigen Umsetzung auf.

2. Es ist unstrittig, dass wir Verwaltungsverfahren kindbezogener Sozialleistungen zusammenfassen und digitalisieren wollen. Für die erste Säule der Kindergrundsicherung, die später durch den Sockelbetrag abgebildet sein wird, ist dies nach Vorbild des ELFE-Projektes umgehend bundesweit umsetzbar. Wir fordern die Bundesregierung auf, dies zügig zu tun.

Das BuT stärkt Kinder im Sozialleistungsbezug nach SGB I, SGB II und dem SGB XII, indem es ihren Zugang zu Bildungsangeboten, zur Teilhabe an Kultur, Sport und Gemeinschaft fördert. Kindern im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) steht die Leistung ebenfalls zu. Mit seinen Leistungen soll es allen Kindern und Jugendlichen gerechte Bildungs- und Aufstiegschancen bieten, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Dazu bekennen wir uns als Freie Demokraten ohne Wenn und Aber. Denn jeder Euro, der in die frühe Förderung und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, in ihre Neigungen, Talente und Fähigkeiten investiert wird, trägt dazu bei, junge Menschen zu selbstbewussten und selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürgern zu machen. Das sind Investitionen in eine vitale Gesellschaft und eine gute Zukunft.

Doch auch beim BuT gibt es noch Probleme, die jetzt schnell angegangen werden müssen: Es ist noch immer nicht bekannt genug und es wird in der Folge viel zu selten in Anspruch genommen. Laut Expertise des Paritätischen Wohlfahrtsverbands in 2020 profitieren maximal 15% der grundsätzlichen Leistungsberechtigten von dieser Leistung (Quelle: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/expertise-empirische-befunde-zum-bildungs-und-teilhabepaket-teilhabequoten-im-fokus-1/>).

Sprachliche Barrieren, der Gang zum Amt und das Ausfüllen der unterschiedlichen Formulare stellt für viele Antragsberechtigte eine zu große Hürde dar. Auch Unwissenheit über die einzelnen Leistungen, auf die häufig nicht explizit hingewiesen wird, ist ein unnötiges Hindernis. Somit kann diese eigentlich ausgereifte und praxisnah ausgerichtete Leistung kaum ihre dringend benötigte positive Wirkung entfalten. Im Zweifel fallen die Schwächsten durchs Raster und die Kinder, die vom BuT am meisten profitieren würden, werden nicht erreicht. Dieser Zustand ist unhaltbar – und wir Freie Demokraten wollen das ändern. Für uns ist nicht entscheidend, woher jemand kommt, sondern was er in seinem Leben erreichen will.

Ganz besonders muss das am Start der Bildungskarriere eines jeden Kindes in unserem Land gelten.

Unsere Antwort auf diese Herausforderungen ist das digitale Kinderchancenportal!

Die Fortschrittskoalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat sich zum Ziel gesetzt, den Sozialstaat bürgerfreundlicher, transparenter und unbürokratischer zu machen, um ihn auf die Lebenswirklichkeiten unserer Zeit auszurichten. Mit diesem neuen, bundeseinheitlichen Portal wollen wir zusammen dafür sorgen, dass Leistungen für Bildung und Teilhabe alle berechtigten Kinder und ihre Familien zuverlässig, einfach und unkompliziert erreichen. Information, Beratung, Antragstellung, sowie Kommunikation und Abfragen unter den zuständigen Stellen müssen unter Wahrung des Datenschutzes digital und einfach möglich werden. Das Portal soll für Kinder und Jugendliche, aber auch für die Leistungserbringer der zentrale Ort der Kommunikation, Organisation, Verwaltung sowie der Abrechnung ihrer Leistungen sein. Damit gehen wir einen Schritt weiter, als lediglich papiergestützte Verfahren auf elektronische Prozesse umzustellen. Um alle förderbedürftigen Kinder zu erreichen, muss das gesamte System neu gedacht und alle Vorteile der digitalen Entwicklung genutzt werden.

Wir fordern jetzt ein bundeseinheitliches, digitales Kinderchancenportal, weil es nötig und weil es möglich ist. Es sind bereits positive Erfahrungen vieler Kommunen vorhanden, die digitale Insellösungen eigenständig umgesetzt haben (z.B. in Oldenburg (80% Teilhabequote), Wolfsburg (57% Teilhabequote), Hamm (94% Teilhabequote), Schwerin (56% Teilhabequote), Oldenburg (80% Teilhabequote), Münster (83% Teilhabequote), Steinfurt (82% Teilhabequote) - Quelle: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/expertise-empirische-befunde-zum-bildungs-und-teilhabepaket-teilhabequoten-im-fokus-1/>). In der Praxis haben sich diese Angebote bereits bewährt und ihre vielfältigen Einsatzmöglichkeiten aufgezeigt. Darauf wollen wir aufbauen.

Als weiteres Erfolgskonzept hat sich das Projekt ELFE (Einfach Leistungen für Eltern) erwiesen. ELFE macht seit 2020 in Bremen Behördengänge für frisch gebackene Eltern überflüssig und ist ein Projekt im Rahmen des Online-Zugangsgesetzes (OZG). Über einen Online-Dienst können Leistungen wie Eltern- oder Kindergeld medienbruchfrei beantragt werden. Eltern müssen dabei ihre Daten dank des Once-

Only-Prinzips nur ein einziges Mal eingeben und keine weiteren Unterlagen bei unterschiedlichen behördlichen Stellen vorlegen. Dazu wurden Verwaltungsprozesse in den teilnehmenden Bundesländern erfolgreich angepasst und vereinfacht. Dieses Projekt sollte als Vorbild für viele künftige Digitalisierungsprojekte im Verwaltungsbereich dienen. Für Bremen stellt das "Leuchtturmprojekt einen Meilenstein in der Digitalisierung von Familienleistungen" dar (Quelle: <https://www.finanzen.bremen.de/digitalisierung/nachnutzbare-ozg-services/elfe-102932>). Dort tauschen Standesamt und die Elterngeldstelle mit dem Einverständnis der Eltern die Daten zur Geburt elektronisch untereinander aus. Mit Hilfe der Deutschen Rentenversicherungen können, ebenfalls mit Einverständnis der Eltern, die notwendigen Einkommensdaten für das Elterngeld bei den zuständigen Arbeitgebern abgerufen werden. Die Verwaltung orientiert sich vorbildlich an den Bedürfnissen der Bürger und nicht mehr umgekehrt.

Für uns als Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag ist klar: Wir müssen die Chancen jetzt nutzen, die uns die Digitalisierung bietet, um unsere Verwaltung und unseren Sozialstaat einfacher, treffsicherer und bürgerfreundlicher zu machen. Daher setzen wir uns dafür ein, so schnell wie möglich durch ein Kinderchancenportal für das Bildungs- und Teilhabepaket einen niederschweligen onlinebasierten Zugang zum bisherigen aufwendigen Antragsverfahren zu etablieren und damit sicherzustellen, dass alle berechtigten Familien durch die vorhandenen Leistungen erreicht werden. Ferner sind wir überzeugt, dass die Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Projekt ELFE schnellstmöglich in einem entsprechenden bundesweit einheitlichen Angebot umgesetzt werden müssen. Damit Kinder keinen Tag länger auf echte Chancengerechtigkeit und faire Bildungs- und Aufstiegschancen verzichten müssen. Und damit Eltern nach der Geburt ihres Kindes nicht über Anträge brüten oder in Amtsstuben sitzen müssen, sondern sich Zeit für das Wichtigste nehmen können: ihr neugeborenes Kind.

Die nächsten Schritte der Bundesregierung dorthin sollten daher sein:

1. Unverzüglich gemeinsam mit der kommunalen Ebene ein Konzept für ein bundesweit einheitliches Online-Portal für die Weiterentwicklung des Bildungs- und Teilhabepakets zu erarbeiten, das sowohl die technischen, datenschutzrechtlichen wie behördlichen Anforderungen von Ländern und Kommunen erfüllt, um gezielt gegen nicht materielle Armut von Kindern vorzugehen;

2. das Kinderchancenportal mit einer Anmeldung Zugang zur Beantragung aller Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes zu ermöglichen (Dieser Zugang ist automatisch durch die bereits leistungsgewährenden Behörden den Berechtigten zuzuleiten.);
3. mit hinterlegten Stammdaten sicherzustellen, dass von den Leistungsberechtigten möglichst wenig zusätzliche Angaben bei der Antragsstellung eingepflegt werden müssen;
4. bestehende Lösungen anderer öffentlicher, aber auch privater Anbieter zu integrieren und in Zusammenarbeit mit externen Partnern aus Wirtschaft wie Zivilgesellschaft stetig weiterzuentwickeln.
5. die Möglichkeit, das Portal später um zusätzliche Bausteine etwa kommunaler oder zivilgesellschaftlicher Leistungen erweitern zu können, von Beginn an mitzudenken.
6. gestellte Anträge ohne handschriftliche Signatur anzuerkennen;
7. eine Chance für die jeweils lokale Vereinslandschaft zu bieten, das zivilgesellschaftliche Angebot zur Förderung von Kultur, Gemeinschaft, Bildung und Sport niederschwellig zu präsentieren und zugänglich zu machen, bspw. durch eine digitale Landkarte mit Suchfunktion, in welchem sie ihr Angebot selbst darstellen und pflegen können;
8. den Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, an denen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes erbracht werden, die Kommunikation mit den leistungsgewährenden Behörden zu erleichtern;
9. sicherstellen, dass die darin gestellten Anträge von allen bisherigen leistungserbringenden Behörden bearbeitet werden können;
10. als niedrighschwelliges Angebot die Kommunikation auch in maßgeblichen Fremdsprachen sowie einfacher Sprache und barrierefrei umzusetzen;
11. die Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Projekt ELFE zu nutzen, um ein bundesweit einheitliches Angebot mit ähnlichem Leistungsumfang zu entwickeln und, falls nötig, als Gesetzentwurf dem Deutschen Bundestag zur Entscheidung vorzulegen.